

Verordnung des Landkreises Rosenheim über das Naturdenkmal

„Auwaldrelikt Madau“

vom 24.02.2023

Der Landkreis Rosenheim erlässt auf Grund von § 20 Abs. 2 Nr. 6, § 28 Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240), i.V.m. Art. 12 Abs. 1 Satz 1, Art. 51 Abs. 1 Nr. 3 Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz - BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 723), folgende

Verordnung

§ 1

Schutzgegenstand

¹Der im bayerischen Alpenvorland gelegene, in § 2 Abs. 2 dieser Verordnung genauer bezeichnete Bereich eines ehemaligen Bachlaufs mit Waldresten zwischen Triftkanal und Mangfall im Markt Bruckmühl wird als Naturdenkmal mit der Bezeichnung „Auwaldrelikt Madau“ festgesetzt. ²Der ehemalige Auwald mit Fließgewässer befindet sich in der Jungmoränenlandschaft des Inn-Chiemsee-Hügellandes (naturräumliche Untereinheit 038-N, Rosenheimer Becken) und ist im Markt Bruckmühl einer der letzten naturnahen Reste eines Gewässersystems mit typischem Gehölz- und Krautbestand.

§ 2

Schutzgebietsgrenzen

- (1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von insgesamt 0,94 ha.
- (2) ¹Die Grenze des Schutzgebietes ist in einer Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 (Anlage I) und einer Detailkarte im Maßstab 1 : 1 250 (Anlage II), ausgefertigt vom Landratsamt Rosenheim am 24.02.2023, eingetragen. ²Diese Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. ³Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Innenkante der Abgrenzungslinie („Grenzverlauf ND Auwaldrelikt Madau“) der Karten im Maßstab 1 : 1 250. ⁴Die Karten sind beim Landratsamt Rosenheim sowie beim Markt Bruckmühl niedergelegt. ⁵Sie werden dort archivmäßig verwahrt und sind während der Dienststunden allgemein zugänglich.
- (3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzte Schutzgebietsgrenze nicht.

§ 3

Schutzzweck

Zweck des Naturdenkmals „Auwaldrelikt Madau“ ist es,

1. einen Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere aus wissenschaftlichen Gründen zu bewahren,
2. einen naturnahen, ehemaligen Auwaldbereich als bedeutsamen Teil der Landschaft für die Allgemeinheit im besiedelten Umfeld aus naturgeschichtlichen Gründen zu sichern und zu erhalten,
3. einen der wenigen, größtenteils ursprünglichen Bereiche entlang der Mangfall und des Triftkanals wegen seiner Seltenheit zu schützen,
4. die Eigenheit und Schönheit eines naturnahen, ehemaligen Auwaldbereichs in seinem Zusammenspiel aus Tieren und Pflanzen mit speziellen Lebensbedingungen zu schützen.

§ 4

Verbote

¹Im Umgriff* des Geltungsbereichs und im Geltungsbereich dieser Verordnung sind alle Handlungen verboten, die zu einer Beseitigung, Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können oder die dem Schutzzweck (§ 3 dieser Verordnung) zuwiderlaufen. ²Soweit für Teile des Naturdenkmals besondere naturschutzrechtliche Vorschriften bestehen, insbesondere z.B. solche über den Arten- und Biotopschutz oder den Schutz von Landschaftsbestandteilen, bleiben diese unberührt. ³Gleiches gilt, wenn nachträglich besondere naturschutzrechtliche Vorschriften erlassen werden. ⁴Das Betreten des Naturdenkmals innerhalb der Einzäunung ist verboten (nicht betroffen von diesem Verbot sind Grundstückseigentümer und Vertreter der Naturschutzverwaltung bzw. von der Naturschutzverwaltung beauftragte Personen).

* Der Umgriff des Geltungsbereichs wird definiert als Bereich in dem eine Handlung zu einem Verbotstatbestand führen kann oder als Handlung, die dem Schutzzweck zuwiderläuft. Je nach Handlung sind dabei unterschiedliche Wirkungsdistanzen möglich. Eine konkrete Entfernung einer Handlung zum Naturdenkmal ist deshalb einzelfallbezogen zu beurteilen und hängt u.a. von der Schwere oder dem Umfang der Handlung ab.

§ 5

Erlaubnispflicht

(1) Der Erlaubnis der unteren Naturschutzbehörde bedarf, wer im Geltungsbereich dieser Verordnung beabsichtigt,

1. bauliche Anlagen aller Art (Art. 2 Abs. 1 Bayerische Bauordnung (BayBO)) zu errichten, zu ändern oder ihre Nutzung zu ändern, auch wenn sie einer baurechtlichen Genehmigung nicht bedürfen; hierzu zählen insbesondere
 - a) Gebäude, z.B. Wohnhäuser, land- und forstwirtschaftliche Betriebsgebäude, Fahr- siloanlagen, mobile Ställe, Unterstände für Tiere, Wochenendhäuser, Boots-, Bade- und Gerätehütten, Verkaufsstände,
 - b) Einfriedungen und sonstige Sperren,
 - c) Steganlagen, Uferverbauungen und Schwimmplattformen,
 - d) Veränderungen der Erdoberfläche durch Abgrabungen oder Aufschüttungen, insbesondere die Erschließung und der Betrieb von neuen Steinbrüchen, Kies-, Sand-, Lehm- oder Tongruben und sonstigen Erdaufschlüssen sowie Abschütthalden oder Lagerflächen, auch, wenn diese nur temporär sind.
2. soweit es sich nicht bereits um Anlagen im Sinne der Nr. 1 dieser Verordnung handelt,
 - a) Bild- und Schrifttafeln, Schaukästen, insbesondere auch Werbevorrichtungen mit einer Größe von über 0,5m² Fläche anzubringen, soweit sie nicht Wohn- und Gewerbebezeichnungen an den Wohn- oder Betriebsstätten darstellen,
 - b) ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen zu verlegen sowie Masten aufzustellen,
 - c) Sprengungen und Bohrungen durchzuführen,
 - d) Straßen, Wege, Plätze, insbesondere Park-, Camping-, Sport-, Spiel- und Badeplätze oder ähnliche Einrichtungen zu errichten,
 - e) Verkaufswagen aufzustellen oder Verkaufsstellen und Automaten zu errichten, anzubringen und zu betreiben,
 - f) Bootsliegeplätze (land-/ wasserseitig) anzulegen oder zu ändern.
3. Straßen, Wege und Plätze zu errichten;
sollten Wege errichtet werden müssen, sind diese ausschließlich aus Naturmaterialien zu errichten.

4. mit Kraftfahrzeugen aller Art zu fahren oder diese dort abzustellen;
ausgenommen sind auch Fahrzeuge zur forst-, jagd- und fischereiwirtschaftlichen Bewirtschaftung sowie zur Ausübung der Bienenzucht und zur rechtmäßigen Unterhaltung und Überwachung der Gewässer, nicht jedoch zur landwirtschaftlichen Nutzung.
5. oberirdisch über den zugelassenen Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, Gewässer, deren Ufer oder Sohle, den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern oder neue Gewässer herzustellen.
6. Entwässerungsgräben oder Entwässerungseinrichtungen neu zu erstellen oder über das bestehende Maß hinaus zu verändern.
7. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Entwicklungsformen solcher Tiere zu beeinträchtigen oder zu zerstören;
§ 44 Abs. 1 BNatSchG bleibt unberührt.
8. wild lebende Pflanzen oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören;
§ 44 Abs. 1 BNatSchG bleibt unberührt.
9. Bäume oder Gebüsche auf Stock zu setzen, zu fällen oder zu roden;
§ 39 Abs. 5 Satz 2 Nrn. 1 und 2 BNatSchG bleibt unberührt.
10. nicht standorttypische und standortheimische Gehölze und Pflanzen einzubringen bzw. gebietsfremde oder invasive Pflanzen- oder Tierarten vorsätzlich oder fahrlässig einzubringen oder auszusetzen.
11. Kurzumtriebsplantagen anzulegen.
12. an den Gewässern den Uferbewuchs, Röhricht- bzw. Schilfbestände oder Bestände von Wasserpflanzen zu vernichten, wesentlich zu verändern, in Bestände von Röhricht oder Wasserpflanzen einzudringen sowie chemische Mittel zur Beseitigung oder Bekämpfung von Röhricht oder Uferbewuchs einzusetzen;
§ 39 Abs. 5 BNatSchG bleibt im Übrigen unberührt.
13. Abfälle, Schutt und sonstige Gegenstände, soweit sie nicht bereits den Vorschriften des Abfallrechts unterliegen, abzulagern, auch wenn keine Aufschüttung im Sinne des Baurechts beabsichtigt ist.
14. zu zelten, Wohnwagen (auch Klappanhänger) oder motorisierte Wohnfahrzeuge für Übernachtungszwecke abzustellen oder dies zu gestatten.
15. Luftfahrzeuge im Sinne des Luftverkehrsgesetzes oder ähnliche Fluggeräte oder Flugmodelle mit Motorantrieb (z.B. Drohnen) aufsteigen, fliegen oder landen zu lassen.
16. offenes Feuer zu entzünden oder zu unterhalten.
17. Feuerwerke abzubrennen.

- (2) Die Erlaubnis ist unbeschadet anderer Rechtsvorschriften zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme nicht geeignet ist, eine der in § 4 dieser Verordnung genannten Wirkungen hervorzurufen oder diese Wirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.
- (3) Wird die Erlaubnis mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden.

§ 6

Ausnahmen

Von den Beschränkungen dieser Vorschrift bleiben ausgenommen:

- 1. die ordnungsgemäße Ausübung der Fischerei (vgl. Art. 3 Abs. 2 BayNatSchG); davon unberührt bleiben § 5 Abs. 1 Nrn. 1, 2, 4, 10 dieser Verordnung.
- 2. Maßnahmen zur laufenden naturnahen und schonenden Unterhaltung der Gewässer und deren Ufer im gesetzlich gebotenen Umfang nach § 39 WHG; davon unberührt bleiben § 5 Abs. 1 Nrn. 4, 9, 12 dieser Verordnung.
- 3. der fach- und sachkundige Unterhalt von Entwässerungseinrichtungen, sofern dieser naturnah und schonend ausgeführt wird; davon unberührt bleiben § 5 Abs. 1 Nrn. 4, 6 dieser Verordnung.
- 4. das Aufstellen und Anbringen von behördlichen Hinweisen auf den Schutz des Gebietes, behördlichen Verbotstafeln, Verkehrszeichen und Hinweistafeln sowie Wegemarkierungen.
- 5. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturdenkmals notwendigen und von den Naturschutzbehörden zugelassenen Überwachungs-, Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.

§ 7

Befreiungen

- (1) Von den Verboten nach § 4 dieser Verordnung kann unter den Voraussetzungen des § 67 BNatSchG im Einzelfall eine Befreiung erteilt werden.
- (2) Wird die Befreiung mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden.
- (3) ¹Für die Erteilung der Befreiung ist die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Rosenheim zuständig. ²Bei Vorhaben der Landesverteidigung und des Zivilschutzes entscheidet über die Befreiung das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Art. 56 Satz 1 BayNatSchG).

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 57 Abs. 1 Nrn. 2 und 7 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 4 dieser Verordnung im Schutzgebiet Verbotstatbestände verwirklicht oder Veränderungen vornimmt, die geeignet sind, das Landschaftsbild oder die Natur zu beeinträchtigen, insbesondere
 1. Maßnahmen oder Handlungen nach § 5 Abs. 1 Nrn. 1 bis 17 dieser Verordnung ohne die erforderliche Erlaubnis vornimmt.
 2. einer vollziehbaren Nebenbestimmung in Form der Auflage zu einer Erlaubnis oder Befreiung nach § 5 Abs. 1 oder § 7 Abs. 1 dieser Verordnung nicht nachkommt.
- (2) Die Einziehung von Gegenständen bemisst sich nach Art. 58 BayNatSchG.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Rosenheim in Kraft.

§ 10

**Außerkräfttreten der Verordnung des Landratsamtes Rosenheim
über den Schutz des „Auwaldreliktes Madau“**

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Landratsamtes Rosenheim über den Schutz des „Auwaldreliktes Madau“, Markt Bruckmühl, als flächenhaftes Naturdenkmal vom 20.08.1982 (KABl. Nr. 10 vom 27.08.1982), zuletzt geändert durch die Änderungsverordnung des Landkreises Rosenheim zur Änderung der Schutzgebietsgrenze des flächenhaften Naturdenkmals „Auwaldrelikt Madau“, Markt Bruckmühl vom 04.03.2009 (KABl. Nr. 3 vom 27.03.2009), außer Kraft.

Rosenheim, den 24.02.2023

Landkreis Rosenheim
Landratsamt



.....
Otto Lederer
Landrat

Hinweis gemäß Art. 52 Abs. 7 BayNatSchG:

Eine Verletzung der Vorschriften des Art. 52 Abs. 1 bis 6 BayNatSchG ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der Bekanntmachung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Behörde (Landratsamt Rosenheim) geltend gemacht wird.